

## Sitzung des Stadtrates am 9. Dezember 2013

Zur 35. Sitzung des Duisburger Stadtrates in der Legislaturperiode 2009 – 2014 wurden die Ratsmitglieder von einer ungewöhnlich großen und lautstarken Schar Demonstranten empfangen, die aber anhand der Rufe, Sprechchöre, Plakate und Transparente nicht so leicht zu identifizieren war. Selbst die kleinen Giveaways, die die Demonstranten den eintreffenden Ratsmitgliedern vor der Türe überreichten (ein Tütchen mit einem Teebeutel, Kandiszucker und der Hinweis: „wir müssen reden“), war zunächst nicht selbsterklärend. Es handelte sich um Mitarbeiter des Jobcenters, die über zu hohe Arbeitsbelastung klagten und darauf hinweisen wollten, dass ungewöhnlich viele Planstellen im Jobcenter nicht besetzt seien, was lange Bearbeitungs- und Wartezeiten und große Unzufriedenheit bei allen Beteiligten hervorruft. Die Gegner des Factory-Outlet-Centers und die BI zum Erhalt des Kombibades Homberg gingen in den Massen unter – falls sie dort waren.

Im Ratssaal herrschte von Beginn an eine gereizte Atmosphäre, die vermutlich dem nahenden Kommunalwahlkampf geschuldet war. Schon über die **Erweiterung der Tagesordnung** wurde heftig gestritten. Die CDU klagte darüber, dass mehrere vorliegende Anträge erst wenige Tage vor der Sitzung eingetroffen wären und zwei sogar erst am Sitzungstag. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Enzweiler erklärte, dass die Tagesordnung nur erweitert werden darf, wenn es sich um „dringliche und unaufschiebbare“ Themen handele und die sehe er bei den zusätzlichen Tagesordnungspunkten 54 bis 57 nicht. Er beantragte eine rechtliche Prüfung durch das Rechtsamt der Stadt (dessen oberster Chef der Oberbürgermeister ist...). Bürgermeister Lensdorff warf dem OB vor, sich nicht überparteilich und unparteilich zu verhalten, wie es eigentlich seine Pflicht wäre. Oberbürgermeister Sören Link und die SPD wehrten sich, indem sie dem CDU-Fraktionsvorsitzenden indirekt vorwarfen, evtl. wegen persönlicher Betroffenheit etwas gegen das Ultimatum an den Factory-Outlet-Entwickler unter Top 54 zu haben. Daraufhin erklärte die CDU, an den Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 54 bis 57 nicht teilzunehmen.

Die nervöse Stimmung setzte sich bei Tagesordnungspunkt eins fort. Da es um den Weiterbetrieb des **Kombibades in Homberg** ging, zu dem es eine Unterschriftensammlung und einen Einwohnerantrag gab, durfte eine Sprecherin der Bürgerinitiative vor dem Rat sprechen. Sie erklärte, dass die Verwaltung nie mit der Initiative gesprochen habe, sondern nur fertige Konzepte präsentierte habe. Sie fragte OB Link direkt, ob er sich so Bürgernähe und Transparenz vorstelle. Das das Bad, entgegen ursprünglicher Pläne von SPD, Grünen und Linken, nun nicht geschlossen werde, wurde von der Initiative begrüßt, aber um sicher zu gehen, dass alle Einwohner zu bürgerfreundlichen Zeiten ins Kombibad gehen könnten, wäre es besser, dass Hallenbad würde (wie das Freibad auch) weiterhin von dem städtischen Eigenbetrieb DuisburgSport betrieben und nicht von einem Schwimmverein, der das Bad vermutlich nur für Vereinsmitglieder öffne. Die Sprecherin der BI erklärte, dass ihre Anregungen zum Erhalt und zur Attraktivitätssteigerung des Bades bisher überhaupt nicht diskutiert wurden. SPD, Grüne und Linke erklärten sich erneut zu Rettern des Kombibades. Die CDU zählte erneut alle Schritte und Abstimmungen auf, die vom ersten „Schließungsbeschluss“ bis zur heutigen Sitzung erfolgten, um deutlich zu machen, dass die selbst ernannten Retter eigentlich die Verursacher des Problems sind. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies erklärte, dass es sich bei dem vorliegenden Beschluss um eine „Beerdigung erster Klasse“ des Kombibades handele. Er prophezeite, dass es nach diesem Beschluss in Homberg kein Bürgerschwimmen mehr geben werde.

Trotz aller rhetorischer Gegenwehr von CDU und DWG, stimmte letztendlich nur die FDP-Ratsfraktion gegen den vorliegenden Beschluss. Alle anderen beschlossen somit die unsichere Struktur zum Weiterbetrieb des Bades und erklärten gleichzeitig den Einwohnerantrag für erledigt.

Die folgenden Tagesordnungspunkte verliefen deutlich ruhiger, es handelte sich aber auch „nur“ um die üblichen Themen und Beschlüsse, die bei jeder Sitzung anfallen und immer alle unkommentiert und einstimmig beschlossen werden (Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften, Satzungsänderungen, etc.).

Die Zerstrittenheit der Ratsfraktion der Grünen fiel erstmalig bei der **Einrichtung eines neuen Hauptamtes** auf. Das vom Oberbürgermeister neu organisierte Amt hat es vor vielen Jahren bereits in Duisburg gegeben. Der OB möchte es wieder einrichten, weil er sich davon eine effizientere Steuerung der gesamten Verwaltungsstrukturen verspricht. Die bisherige Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, Frau Monika Kluge, wird Leiterin des Hauptamtes. Da in der Beschlussvorlage nichts zu erkennen war, was gegen die Einrichtung des Amtes sprach, und Frau Kluge im persönlichen Gespräch mit unserem Fraktionsvorsitzenden bestätigte, dass sie gerne die Leitung übernehmen will, hatte die FDP keinen Grund dagegen zu stimmen. Gleichzeitig sollte der Rat beschließen, dass das „Amt für Personalmanagement“, das „Institut für Arbeitssicherheit“ und die „Stabsstelle Studieninstitut“ in das Dezernat des OB wechseln sollen. Die Grünen wünschten eine getrennte Abstimmung zu den einzelnen Punkten und je 3 Grüne Ratsmitglieder enthielten sich dann der Stimme, während der Rest zustimmte.

Ohne Diskussion und einstimmig beschloss der Rat die **Aufnahme eines neuen Lehrgangs** an der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistentinnen (PTA) zum 01.09.2014 und sieben neue Standorte mit jeweils ca. 100 Plätzen -im gesamten Stadtgebiet- zur **Unterbringung von Asylbewerbern**.

Aggressiver wurde der Ton dann wieder bei der **Aufhebung der Beschlüsse zum Umbau der Mercatorstraße**. Die Verwaltung hatte vor einiger Zeit mitgeteilt, dass der Investor (Multi Developement) für den geplanten Gebäuderiegel – ungefähr auf dem heutigen Parkplatzstreifen vor dem Hauptbahnhof- nicht mehr zur Verfügung stehe und somit der Umbau der Mercatorstraße (Reduzierung auf je eine Fahrspur) und das Fällen von 28 Platanen derzeit nicht erforderlich und nötig erscheine – bis ein neuer Investor gefunden sei. Multi Developement hatte in den Medien aber verkündet, dass sie nach wie vor an den Bau-Plänen festhielten, so dass die CDU eine Akteneinsicht beantragte, aus der hervorgehen soll, ob der Investor selbst (schriftlich) abgesagt hat oder ob die Verwaltung „von sich aus“ die Zusammenarbeit mit dem Investor beendet hat. Da diese Akteneinsicht erst in einigen Tagen erfolgen wird, beantragte die CDU die erste Lesung zu der vorliegenden Beschlussvorlage.

Allein um dem Ärger wegen der Fällung der 28 Platanen vor der Kommunalwahl zu umgehen, wollte die überwiegende Mehrheit des Rates die Umbaupläne „bis auf weiteres“ stoppen. Deshalb stimmten alle anderen Fraktionen gegen den Wunsch der CDU. Die FDP möchte als einzige Ratsfraktion nicht nur die Platanen erhalten, sondern auch die Mercatorstraße vierspurig belassen, um die täglichen Staus an dieser Stelle nicht noch zu verlängern (allein 900 Busse befahren die Straße an dieser Stelle- täglich!).

Dennoch wird das Ergebnis der CDU-Aktenbeinsicht interessant, denn es könnte ein interessantes Licht darauf werfen, wie die Duisburger Stadtverwaltung (mit dem OB an der Spitze) mit Investoren umgeht.

Am Jahresende legt die Verwaltung stets eine **Liste aller Ratsbeschlüsse** vor, die bisher noch nicht umgesetzt wurden. Dabei wird erklärt, warum die Beschlüsse bisher nicht realisiert wurden bzw. welche Schritte noch fehlen, damit es zur Umsetzung kommen kann. Gleichzeitig schlägt die Verwaltung auch immer einige Beschlüsse vor, die nicht weiter verfolgt und komplett aufgehoben werden sollen. In diesem Jahr handelte es sich u.a. um einen älteren Beschluss zur Errichtung eines Jugendzentrums in der Stadtmitte. Die DWG, auf deren Antrag dieser Beschluss zurück geht, sprach sich dagegen aus, genau wie 2 Ratsmitglieder der Grünen. Alle anderen akzeptierten, dass so etwas bestenfalls auf privater Vereinsebene möglich sein wird, der Stadt selbst aber dafür jegliche finanzielle Mittel fehlen.

Die nächste lange und hitzige Diskussion folgte unter Top 50. Hier sollte der Rat auf Vorschlag der Verwaltung beschließen, dass sich die Stadt Duisburg jetzt nicht an einer gemeinsamen Ausschreibung mit der Stadt Düsseldorf zur **Erneuerung des Zugsicherungssystems** der U-Bahn beteiligen sollte. Das Zugsicherungssystem ist zwar völlig veraltet und muss bald erneuert werden, aber die hierfür (nach Abzug aller Fördergelder) erforderlichen 23 Millionen Euro hat derzeit weder die Stadt Duisburg noch die städtische Tochtergesellschaft DVG.

Die Verwaltung möchte das Thema noch einige Zeit verschieben und hofft darauf, dass sich die Förderkriterien ändern und das der Oberbürgermeister durch Gespräche mit den Geldgebern (Land, Bezirksregierung, VRR) höhere Förderungen erzielen könnte. Die Grünen erklärten, dass sie bei diesem Thema erneut unterschiedlich abstimmen werden. Ratsfrau Leiße rechnete vor, dass man jährlich nur 2,5 Mio. Euro in den Haushalt mehr einstellen müsse, um die Erneuerung der Technik zu finanzieren.

Die CDU hatte einen gegenteiligen Antrag gestellt und CDU-Ratsherr Frank Heidenreich hielt ein flammendes Plädoyer dafür, sich doch jetzt an der gemeinsamen Ausschreibung zu beteiligen. Er betonte, dass die erforderlichen Mittel in einem dafür vorgesehenen Finanztopf aus einem Cross-Border-Leasing Geschäft früherer Jahre zur Verfügung standen. Nur wurde das Geld inzwischen zum größten Teil quasi zweckentfremdet und als Eigenanteil für die Sanierung des Karl-Lehr-Brückenzuges verwendet. Um die veraltete Technik zu demonstrieren, zeigte er eine MS-DOS-Diskette vor, und erklärte den Ratsmitgliedern, dass dies bei unserer U-Bahn der aktuelle Stand der Technik sei. Außerdem warnte er davor, dass die Duisburger U-Bahn demnächst an der Stadtgrenze zu Düsseldorf halten müsste (und umgekehrt) und alle Passagiere dann ständig umsteigen müssten. Die FDP konnte sich dieser einleuchtenden Begründung leicht anschließen.

Oberbürgermeister Sören Link wehrte sich ungewöhnlich energisch und erklärte, dass sein Vorgänger es jahrelang versäumt habe, sich um dieses Thema zu kümmern und keine Gelder dafür zurück gestellt zu haben. Die SPD zählte provokant einige Themen auf, die dann in der Stadt eingespart werden müssten, weil es ja keine alternativen Finanzierungsvorschläge gäbe. FDP-Ratsherr Frank Albrecht erwiderte, dass die SPD immer wieder anführe, dass es keine alternative Finanzierungsvorschläge gäbe, was so nicht richtig sei.

Er empfinde es als arrogant, dass die SPD alle alternativen Vorschläge aus politischen Gründen ablehne und dann behaupte, es gäbe keine anderen Vorschläge. Letztendlich setzte sich die übliche Ratsmehrheit aus SPD, Linken und Grünen durch, auch wenn zwei Ratsmitglieder der Grünen anderer Meinung waren.

Die nächste lange Debatte setzte dann zu einem gemeinsamen Rot-Rot-Grünen Antrag ein, wonach dem **Investor des Factory-Outlet-Centers** in Hamborn/Marxloh ein Ultimatum gestellt werden sollte und die Verwaltung Alternativvorschläge für das Gebiet der Rhein-Ruhr-Halle erarbeiten sollte. Der grundsätzlichen Intention des Antrags konnte sich die FDP-Ratsfraktion anschließen, da es seit langem Gerüchte über die Solvenz des Investors gibt.

Scharf kritisierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Enzweiler die Art der Formulierung des Antrags, ohne auf den Inhalt einzugehen. Hier der Originalantragstext: *„Der aktuelle Stand der Umsetzung zur Entwicklung des FOC in Hamborn ist nicht mehr akzeptabel. Es fehlen für den Rat und damit für die Bürgerschaft verbindliche Erklärungen des Projektentwicklers, der Douvil GmbH, zur weiteren Durchführung und zur Zeitschiene des Projektes. Die Verwaltung wird gebeten, diesen Antrag des Rates dem Projektentwickler in geeigneter Form umgehend zu übermitteln...“*. Die CDU kritisierte, dass es sich formal gesehen gar nicht um einen Antrag bzw. Beschlusstext handeln würde, hier also nichts verbindliches zu beschließen sei, was man dem Projektentwickler zukommen lassen könne. SPD, Grüne, Linke und Oberbürgermeister verteidigten den gestellten Antrag intensiv; Zwischenruf Ratsfrau Janicki: *„Es ist doch unsere Sache, wie wir einen Antrag formulieren...“*. Gemäß ihrer anfänglichen Ankündigung nahm die CDU an der abschließenden Abstimmung nicht teil, so dass der Antrag mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Bei dem folgenden Beratungspunkt stellte es sich als taktischer Fehler heraus, dass die CDU zu Beginn der Sitzung angekündigt hatte, an den Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 54 bis 57 nicht teilzunehmen. Hier stand eine gemeinsame Resolution von SPD und Grünen (ohne Linke) zur Abstimmung, wonach die Duisburger Bundestagsabgeordneten aufgefordert werden sollten, sich für die **Etablierung eines nachhaltigen zweiten Arbeitsmarktes** einzusetzen. CDU, FDP und DWG sprachen sich aus grundsätzlicher Überzeugung gegen die vorliegende Resolution aus und die Linken erklärten, dass das was in dieser Resolution gefordert werde, deutlich zu wenig sei und man diesem Antrag deshalb nicht zustimmen werde. Die erklärten Gegner dieser Rot-Grünen Initiative (CDU, DWG, FDP und die Linken) hätten also eine deutliche Mehrheit gegen die Resolution gehabt, wenn die CDU an der Abstimmung teilgenommen hätte. So aber reichten die Stimmen von SPD und Grünen, um den Antrag durchzusetzen.

Ein ähnliches Schicksal erlitt danach ein gemeinsamer Antrag von FDP und DWG. Hierin wurde angeregt, beim Aufbau des „NS-Dokumentationszentrums“ auch andere Menschenrechtsverletzungen (SED-Regime, Kommunismus, religiöser Fundamentalismus, etc.) zu beleuchten und mit in das geplante Schulungszentrum aufzunehmen. Zumal es demnächst **„Zentrum für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie“** heißen wird und dieser Name nicht mehr zwingend allein in einem Zusammenhang mit dem Nazi-Regime gesehen werden muss. SPD, Grüne und Linke sprachen sich gegen das Anliegen aus und stimmten gegen den Antrag.

Die letzte Sitzung des Duisburger Stadtrates im Jahr 2013 endete um 19:45 Uhr. OB Sören Link verabschiedete den Rat in die Weihnachtspause. Aber außer dass es in der Sitzungspause neben dem üblichen König-Pilsener und Mettbrötchen auch noch Weihnachtsstollen und Gebäck gab, war an dieser Sitzung nichts Weihnachtliches. Der Stimmung an diesem Tage nach, können wir uns schon jetzt auf einen aggressiven und lang anhaltenden Kommunalwahlkampf einstellen. In der aktuellen Legislaturperiode des Stadtrates sind nur noch zwei Sitzungen geplant, am 17. Februar und am 7. April 2014.

*Die FDP-Ratsfraktion wünscht Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und erholsame Ferien.*